

## 8. Die Lösung der Koreafrage als Voraussetzung für eine KSZA

*„However, unfortunately, the Perry recommendations stop short of offering to cut the Gordian knot in the obvious absence of proper insight into the Korean question.“ (Kim, Myong-Chol 1999:2)*

Was Kim dem amerikanischen Sonderbeauftragten bescheinigt, ist in der Tat eine der schwierigsten und komplexesten Herausforderungen an die US-amerikanische Außenpolitik. Aus der Geschichte klug zu werden gelingt den wenigsten Ländern ohne existenzielle Notwendigkeit. Und wer einmal bequem gesessen hat, wird seinen Sitz so schnell nicht aufgeben, selbst wenn dieser über die Jahrzehnte morsch und brüchig geworden ist.

Die unbeweglichen Strukturen, die einst die Konfrontation entlang der koreanischen Demarkationslinie kennzeichneten, sind seit nahezu einem Jahrzehnt in Bewegung geraten. In den 1990er Jahren haben einige einschneidende Entwicklungen die Situation auf der koreanischen Halbinsel verändert. Zunächst ist nach dem Tode Kim Il-Sungs ein neuer Verhandlungsspielraum entstanden, der durch seinen Sohn und jetzigen Generalsekretär Kim Jong-Il schon während der Verhandlungen mit den USA 1994 in Genf wahrgenommen wurde.<sup>237</sup> Zudem haben sich auch die politischen Verhältnisse in Südkorea verändert. Das bis 1992 bestehende Militärregime wurde durch eine bis heute im Amt befindliche Zivilregierung abgelöst, der mit dem jetzigen Präsidenten Kim Dae-Jung zum ersten Mal ein ehemaliger politisch Oppositioneller vorsteht. Neben der Demokratisierung der politischen Machtverhältnisse strebt der jetzige Präsident eine Aussöhnungs- oder *Sonnenscheinpolitik* an, die zum ersten Mal in der Geschichte des geteilten Koreas tatsächliche Konsequenzen nach sich zog.

---

<sup>237</sup> Kim Jong-Il erzielte damals die historische Vereinbarung mit den USA, die den seit Jahren andauernden Atomstreit formal beendete.

Damit ist nicht nur das Zustandekommen des als *historisch* bezeichnete Gipfeltreffen der beiden koreanischen Staatsführer gemeint: neben der Freilassung vieler politischer Gefangener (die bis heute anhält) erklärte Kim Dae-Jung auch einen unbedingten Gewaltverzicht gegenüber dem nordkoreanischen Nachbarn und die Unterlassung jeglicher Handlungen, die auf eine Einverleibung oder Unterminierung der politischen Führung des Nordens zielen.<sup>238</sup>

Im internationalen Bereich haben die 1990er Jahre zu einer Annäherung zwischen Nordkorea und den Vereinigten Staaten geführt. An die Genfer Verhandlungen schlossen sich die Vierparteiengespräche zur Lösung der Koreafrage an. Der Perry-Bericht mit der anschließenden Aufhebung einiger Sanktionen nährt die Hoffnung auf eine echte Chance zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea. Und damit wären die beiden Hauptstränge des Lösungsweg für die Koreafrage benannt:

1. die Entspannung der Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA mit dem Ziel der Normalisierung und
2. die Intensivierung des innerkoreanischen Dialogs.

Besonders die weitgehende Abkopplung der beiden Prozesse von dem jeweils anderen – d.h. eine stärkere Eigenständigkeit der südkoreanischen Seite – kann zu einer deutlich größeren Dynamik in der Entspannungsbemühungen führen. Andernfalls wäre der ‚innerkoreanische‘ Dialog nichts anderes als der nordkoreanisch-US-amerikanische Dialog mit südkoreanischem Sprecher. Im Prinzip sind sich alle beteiligten Staaten darüber einig, dass der konkrete Lösungsweg ein koreanischer sein muss – unabhängig von der Frage, dass in der Vergangenheit einzelne beteiligte Staaten einen solchen Lösungsweg – aktiv oder passiv – blockierten. Welche Anzeichen für eine Lösung der Koreafrage sind also in den beiden o.g. Strängen zu finden?

---

<sup>238</sup> Vgl. The Han-Kyoreh (Hg.) 1998

## 8.1 Entspannung der Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA

Die Evolution der Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea hat – wie erwähnt zum Ende der 1990er Jahre eine – hoffentlich nachhaltige – Wende erfahren. Dabei entwickelten sich diese von der stummen Konfrontation über diplomatische Strategie des Spielens auf Zeit bis hin zum mit dem Einsatz von Raketen erzwungenen ernsthaften Dialog.

### 8.1.1 Die Lösungsansätze des Genfer Abkommens

Zwischen Mai 1992 und März 1993 unterzog die *International Atomic Energy Organization (IAEO)* die nordkoreanischen Atomanlagen gemäß des ‚*Safeguard-Verifikationsabkommens*‘ als Unterprogramm des Atomwaffensperrvertrages insgesamt sechs Kontrollen. Hintergrund war die seitens der USA ausgesprochene Befürchtung, Nordkorea könnte an der Entwicklung atomarer Waffen arbeiten.<sup>239</sup> Nach dem letzten Golfkrieg haben die USA Nordkorea als zweites Irak in Verruf gebracht und behauptet, dass Nordkorea ein Atomwaffenarsenal besitze, welches die Sicherheit der Region bedrohe.<sup>240</sup> Die anschließend durchgeführten IAEO-Inspektionen ergaben Unstimmigkeiten zwischen dem von Nordkorea deklarierten und dem tatsächlich vorgefundenen Material, sodass die Behörde Sonderinspektionen für zwei weitere Anlagen forderte. Diese wurden von Nordkorea abgelehnt.

Der Streit zwischen den USA und Nordkorea eskalierte bis zur Kündigung des *Non-Proliferations-Vertrag (NPT)* durch Nordkorea. Den Austritt des Landes aus dem NPT-

---

<sup>239</sup> Die USA sprach erstmals im Juni 1989 den Verdacht aus, dass ein nordkoreanisches Kernwaffenprogramm existiere, vgl. Spekter/Smith 1989-1990:128

<sup>240</sup> Auf einer Pressekonferenz in Washington betonte General Collin Powell, der amerikanische Stabschef und neuem Außenminister der USA in einem Interview mit der *Army Times* (8. April 1991): ‚*Nach Saddam Hussein sind Kim Il Sung und Castro als Teufel dran, die wir niederhauen müssen*‘.

Regime<sup>241</sup> wollten die USA jedoch unter allen Umständen verhindern und erwogen verschiedenen Maßnahmen, angefangen von internationalen Sanktionen – die jedoch von der UNO durch die Ankündigung eines Vetos von Seiten Russlands und Chinas nicht zustande kamen – bis hin zur Kriegsdrohung, die wiederum trotz einer Vielzahl amerikanischer Befürworter nie offiziell ausgesprochen wurde.<sup>242</sup>

Vor dem Hintergrund der komplizierten und umfangreichen Problemlage auf der koreanischen Halbinsel wurde schon bald ein erweiterter Forderungskatalog Nordkoreas Gegenstand der Diskussion. Dazu zählten als wichtigste Punkte die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea und die Beendigung der 1993 wiederaufgenommenen ‚*Team-Spirit*‘-Mannöver<sup>243</sup>. Letztendlich nahm Nordkorea seine Ankündigung zurück, das NPT-Regime zu verlassen, weil sich die USA – nach ausgebliebener internationaler Unterstützung für die von ihnen präferierten Sanktionsmaßnahmen – zu Verhandlungen über die nordkoreanischen Forderungen bereit erklärten.

Am 21.10.1994 haben die USA und Nordkorea ihren 18 Monate andauernden Atomstreit mit der Unterzeichnung des sog. ‚*Genfer Abkommen*‘<sup>244</sup> formell beendet. Dieser Vertrag

---

<sup>241</sup> Art. X, Abs. 1/NPT besagt: *„Jede Vertragspartei ist in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten wenn sie entscheidet, dass durch außergewöhnliche, mit dem Inhalt dieses Vertrags zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung der höchsten Interessen ihres Landes eingetreten ist. Sie teilt diesen Rücktritt allen anderen Vertragsparteien sowie dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drei Monate im voraus mit.“*, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) 1988

<sup>242</sup> James Baker wird beispielsweise zitiert mit: *„Die Zeit der Verhandlungen ist vorbei. Das ist, als würden wir mit Saddam Hussein verhandeln.“* Und der republikanische Senator John McCain, der Kriegsgefangener in Vietnam war, empfahl: *„Einzig die Androhung von Gewalt und Auslöschung überzeugt Leute wie Kim Il Sung“*, vgl. o.V. 1994a:142-144

<sup>243</sup> Die zwischenzeitlich unter der Bezeichnung RSO&I erneut durchgeführt wurde, vgl. Kapitel 4.1.3

<sup>244</sup> Vgl. USIA 1994: 9f

stimmt im wesentlichen mit der gemeinsamen Erklärung vom 13.8.1994 überein, in der sich die USA und Nordkorea auf Maßnahmen zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen verständigten. Die beiden Staaten bekundeten das Ziel, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen vollständig zu normalisieren und diplomatische Vertretungen in der jeweils anderen Hauptstadt zu eröffnen. Nordkorea erklärte seinen Willen zum Austausch seiner Graphitreaktoren durch Leichtwasserreaktoren und zur Einhaltung der Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrags. Washington verpflichtete sich, beim Bau der Leichtwasserreaktoren – in denen weniger atomwaffenfähiges Plutonium anfällt – zu helfen und bis zu deren Fertigstellung andere Energiequellen zu finanzieren. Inspektoren der IAEO erhielten die Erlaubnis, das staatliche radiochemische Labor, nicht jedoch die Atomanlage in Youngbyon zu besuchen.

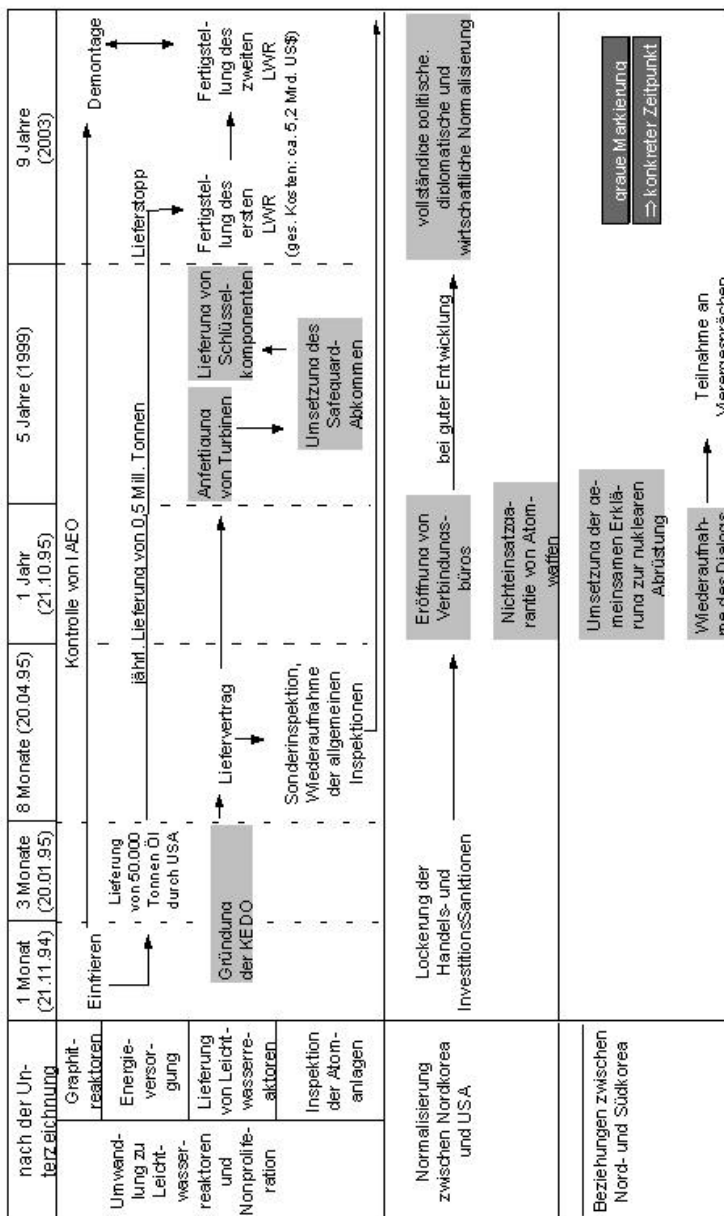
Die anfallenden Kosten zur Finanzierung des Umbaus des nordkoreanischen Energiesektors in Höhe von voraussichtlich rund 5,2 Milliarden US\$ sollten von einem unter südkoreanischer Leitung stehenden internationalen Konsortium namens ‚*KEDO*‘ (*Korean Energy Development Organization*), übernommen werden. Der Energieausfall für Nordkorea, der aus der Abschaltung der Kernkraftwerke resultiert, sollte bis zur Fertigstellung der Leichtwasserreaktoren durch Erdöllieferungen von jährlich bis zu 500.000 Tonnen kompensiert werden, wobei eine Beteiligung an den hierbei entstehenden Kosten durch weitere westliche Staaten zugesagt wurde. Darüber hinaus waren die Vereinigten Staaten bereit, der Demokratischen Volksrepublik Korea Zusicherungen gegen die Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen durch die Vereinigten Staaten zu geben.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens wurde gleichzeitig ein ‚Fahrplan‘ entwickelt<sup>245</sup>, der die Umsetzung der vertraglichen Vereinbarungen zeitlich abstimmt. Wie aus der folgenden Abbildung ersichtlich ist, sind bis heute viele Punkte unerfüllt geblieben.

---

<sup>245</sup> Vgl. Abb. 11

Abb. 11 Fahrplan des Genfer Abkommens vom 21.10.1994



Quelle: The Hankyoreh 21, 21.01.1997:28 (leicht veränderte Darstellung)

Die USA z.B. verzögerten die Lockerung der Wirtschafts-sanktionen bis zum Beginn des Jahres 2000 vollständig – und seitdem teilweise. Außerdem blieben sie die Eröffnung eines Verbindungsbüros zur Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen schuldig. Die Lieferung von Schweröl zur Versorgung Nordkoreas mit zur Atomkraft alternativen Energiequellen findet in geringer als geplantem Umfang statt. Nordkorea drohte mit der Wiederaufnahme seines Atomenergieprogramms.

*„All the North Koreans have to do is keep their nuclear activities frozen and carefully watch how the Americans will try to fulfill their obligations. (...) The Americans have only three options: the first is to offer sufficient political and economic compensation whose dollar value is a joke to the GDP of the US; the second is to let the DPRK emerge as a major military power with nuclear tipped ICBMs, which will in turn prompt a nuclear arms race in East Asia with Japan and South Korea going nuclear despite American protests; and the third is going to war against North Korea.“ (Kim, Myong Chol 1999:5)*

Dennoch liegt mit dem Genfer Abkommen erstmalig ein umfassendes Regelwerk vor, welches Kooperationsmöglichkeiten zwischen den ehemaligen Gegnern vorsieht. Auch wenn sich die Umsetzung nicht in dem Maße und Tempo vollzieht, wie geplant, liegt hier der Grundstein für die einsetzende Entwicklung zur Überwindung der Konfrontation mittels Dialog. Die Tatsache, dass über die KEDO auch Südkorea und Japan (und mit Abstrichen die EU) in diesen Prozess miteinbezogen sind, deutet ebenso auf die mehrstaatliche Dimension hin wie die Miteinbeziehung der IAEO als multilaterales Sonderorgan der UNO. Die Fortführung des in Genf 1994 begonnenen Dialogs stellen die Vierparteiengespräche – ebenfalls im Abkommen verankert – dar, die weitere Schritte zur Lösung der Koreafrage einleiten sollen.

### 8.1.2 Optionen auf die Zukunft: Das Bedrohungspotential Nordkoreas und Perrys Bericht

Nach dem Genfer Abkommen herrschte eine große Erwartungshaltung innerhalb Nordkoreas hinsichtlich eines veränderten Klimas in den Beziehungen zu den USA. Nordkorea for sein Raketenprogramm Rodong 1 ein und schlug vor, die Militärische Waffenstillstandskommission in eine Sicherheitskommission für militärische Zusammenarbeit umzuwandeln. Konkrete Angebote bezogen sich auf den Abzug der militärischen Einheiten von der Demarkationslinie.

Doch die USA spielten auf Zeit, weil sie erwarteten, dass das nordkoreanische Regime kurz vor dem Zusammenbruch stehen würde. Öffentlich wurden bereit „*soft-landing*“-Konzepte diskutiert,<sup>246</sup> die den vorausgesagten Zusammenbruch des Regimes kanalisieren sollten, um zu verhindern dass die zu erwartenden Unruhen unter der Bevölkerung unkontrollierbare Dimensionen annehmen und womöglich auf die gesamte Region Nordostasiens ausstrahlen würden.

*„Die große Chance, die im Genfer Abkommen lag, wurde verspielt. Grund dafür ist die seine langsame Umsetzung durch die USA und die Veränderung der Machtverhältnisse in Pyönjang. Der radikale Flügel in Nordkorea setzt sich nun für eine Weiterentwicklung des Raketenprogramms ein, da aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufrechterhaltung einer konventionellen Streitmacht auf lange Sicht unmöglich erscheint. Um den Handlungsspielraum des gemäßigten Flügels in Nordkorea zu stärken, müssen wir [US-Amerikaner] offenlegen, welche Bedrohung von unserer in Südkorea stationierten Armee tatsächlich ausgeht.“*  
(Harrison 1999:10 (eigene Übersetzung))

Kim Jong-Il verstärkte den Druck auf die USA, in dem er den Beginn seiner Amtszeit am 5. September 1998 mit dem Abschuss eines Satelliten „*Bright Star*“ geräuschvoll einleitete<sup>247</sup>

---

<sup>246</sup> Vgl. etwa Scalapino 1995:40-41; Park, Kun-Young (Hg.) 1999: 83-84

<sup>247</sup> Ob es sich dabei wirklich um einen Satelliten oder um den Test der Mittelstreckenrakete Daepodong 1 handelte, ist umstritten. Während offizielle Verlautbarungen aus Nordkorea und den USA die Satelliten-Version aufrechterhalten, bezweifeln dies die meisten



– und weitere Satellitentests ankündigte. Angesichts der in Aussicht stehenden Fertigstellung der Entwicklung von Interkontinentalraketen (ICBMs) des Typs Daepodong 2 durch Nordkorea war die USA zum Handeln gezwungen.

**Abb. 12** Bedrohungspotential durch nordkoreanische Raketen

Generation	Name	Reichweite	
1. Generation (1985-1993)	Scud C (Hwasong-6)	Bis 500 km (Südkorea)	Export von ca. 250 Raketen im Zeitraum zwischen 1987- 1992 in den Nahen Osten
2. Generation (1993-1998)	Rodong-1	Bis 1300 km (Japan, Peking)	Bisher 10 Stationierungen
3. Generation (seit 1998)	Taepodong-1	Bis 4100 km (Hawaii)	Kann von U-Booten gestartet werden
?	Taepodong-2	Über 6000 km (USA, China)	Noch nicht getestet

Quelle: ROK Ministry of Defense (Hg.) 1999:250; Lewis/ Postol/ Pike 1999:68, eigene Darstellung

Insbesondere vor dem Hintergrund der von Seiten der USA gefürchteten Proliferation der Waffen – Unterhändler aus dem Irak, Syrien und anderen „Schurkenstaaten“ waren gern und oft gesehene Gäste in Pyöngjang – entglitten den USA zunehmend die Kontrolle nicht nur über die militärische Situation in der Region, sondern auch in anderen Konfliktherden auf dieser Erde, wo die USA mittels militärischer Potenz ihre Feinde einschüchtert.

Innerhalb der USA wurde die Notwendigkeit zur Änderung der Strategie erkannt. William Perry, Sonderbeauftragter des Kongresse und der Regierung, erarbeitete daraufhin Vorschläge, wie die Situation am günstigsten zu entwickeln wäre.

---

Wissenschaftler und erhärten die Version eines Raketentests, vgl. AP (Hg.) 1998, siehe auch Han, Seung-Dong 1998:1-3

Sein Bericht<sup>248</sup>, i.A. als „*Perry-Report*“ bezeichnet, wurde neue Grundlage der außenpolitischen Strategie gegenüber Nordkorea.

Perry empfahl, die *containment*-Politik gegenüber Nordkorea zu beenden und durch eine Strategie der gegenseitigen Schritte zu ersetzen. Insbesondere beschreibt er ein Drei-Stufen-Modell der Annäherung:

1. Kurzfristiges Ziel: Stopp des nordkoreanischen Raketen-testprogramms,
2. Mittelfristiges Ziel: Nordkorea gibt sein Raketen- und Atomprogramm auf.
3. Langfristige Ziel: Die Bildung eines dauerhaften Friedens-sicherungssystems.

Die (politischen) Kosten für die Erreichung des zweiten und dritten Zieles sind bisher nicht öffentlich erörtert wurden, während die kurzfristigen Ziele bereits erreicht wurden, um den Preis der Aufhebung einiger wirtschaftlicher Sanktionen wie z.B. des

- Importverbots von Rohstoffen aus Nordkorea
- Verbot des Konsumgüter- und Finanzdienstleistungsexports nach Nordkorea
- Investitionsverbot in die Bereiche Landwirtschaft, Bergbau, Öl, Holz, Transport, Straßenbau, Reise und Tourismus,
- Verbots der Direkthilfe von US-Bürgern an Angehörige bzw. Personen in Nordkorea,
- Transportverbot einfacher Fracht nach und von Nordkorea via Schiff oder Flugzeug und
- nichtmilitärischen Flugverbots zwischen Nordkorea und den USA

Restriktionen verbleiben weiterhin auf

- Verkauf von amerikanischen Waffen und Raketentechnologie,

---

<sup>248</sup> Vgl. US State Department (Hg.) 1999

- nichtlizensiertem Verkauf von „*dual-use goods*“, d.h. zivil und militärisch nutzbaren Gütern,
- der Unterstützung in- und ausländischer Entwicklungshilfe sowie
- nichtgenehmigten Finanztransfers zwischen US-Amerikanern und Nordkorea.

Weiterhin soll die Umsetzung des Grundlagenabkommens zwischen den beiden koreanischen Staaten befördert werden, wie auch die Wiederaufnahme der Verhandlungsgespräche zwischen Japan und Nordkorea hinsichtlich einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die seit der 8. Vorbereitungsrunde vom November 1992 stillstehen, erreicht werden.

Aufgrund der 3-stufigen Strategie schlägt der Perry-Bericht fünf Maßnahmen vor, die zur Erreichung der Ziele geeignet scheinen:

1. Aufnahme von Verhandlungen bezüglich des Langstreckenraketenprogramms zur umfassenden Lösung des Problems.
2. Errichtung von Verbindungsbüros bzw. Botschaften zur Koordination und Wahrung US-amerikanischer Interessen.
3. Innerhalb des Kongresses müssen überparteiliche Vereinbarungen über die Strategie gegenüber Nordkorea gefunden werden, um eine kontinuierliche Entwicklung der Beziehungen zu ermöglichen.
4. Die ‚*Trilateral Coordination and Oversight Group*‘ (TCOG) zwischen den USA, Südkorea und Japan muss die Koordinierung und Regulierung der gemeinsamen Positionen übernehmen.
5. Die Möglichkeit nordkoreanischer Provokationen muss im Vorfeld diskutiert und reaktive Maßnahmen beschlossen und erklärt werden.

Die chinesische Führung hat derweil die Veränderung der US-amerikanischen Politik gegenüber Nordkorea begrüßt.

Doch trotz aller hoffnungsvollen Signale sind die Verhandlungen der Vierparteiengespräche wieder einmal festge-

fahren. Zurzeit streitet man sich über die Höhe der Kompensationszahlungen für die Exportausfälle, die für Nordkorea mit dem Einfrieren des Raketenprogramms verbunden sind. Nordkorea fordert eine Milliarde US\$ pro Jahr, die USA sind empört, hat man doch bereits 6 Milliarden US\$<sup>249</sup> bezahlt...

### 8.1.3 Inoffizieller Tendenzen

Parallel zu den offiziellen Verhandlungen gibt es einige bemerkenswerte Diskussionen, deren Impulse auf die offiziellen Positionen vorerst unbestimmt bleiben. Beispielsweise gibt es einen vom damaligen Vizepremier und Außenminister Nordkoreas, Young Nam Kim, 1995 entwickelten Vorschlag, dass bei einer Beibehaltung der Stationierung der US-Streitkräfte im Süden ein ‚*New Interim Peace Mechanism*‘ auf der koreanischen Halbinsel installiert werden kann. Sein Konzept sieht vor, einen gemeinsamen Sicherheitsrat zwischen den USA und Nordkorea ins Leben zu rufen und gleichzeitig ein bereits 1991 im Grundlagenvertrag zwischen Nord- und Südkorea vereinbartes gemeinsames koreanisches Militärkomitee zu bilden. Der Sicherheitsrat würde die gemeinsame Kontrolle der US-amerikanischen und nordkoreanischen Streitkräfte ausüben und die Friedenssicherung in der entmilitarisierten Zone übernehmen. Das gemeinsame Militärkomitee soll die Beziehungen zwischen den beiden koreanischen Militärs verbessern und Maßnahmen der Rüstungskontrolle durchführen. Das UNO-Kommando würde aufgelöst.<sup>250</sup>

*„For more than two years, DPRK diplomats have been arguing a ‘new interim peace mechanism’. This notion is intended to alter the U.S. from ally and guarantor of ROK security to that of a peacekeeper and impartial mediator.“ ( Manning 1997:13)*

Dieser ‚*New Interim Peace Mechanism*‘ stellt zum ersten Mal einen Vorschlag von Seiten Nordkoreas dar, der die Möglichkeit einer (beschränkten) Beibehaltung der Stationierung der US-amerikanischen Streitkräfte beinhaltet. Obwohl nicht da-

---

<sup>249</sup> Vgl. Kim, Myong-Chol 2000:202-211

<sup>250</sup> Vgl. Manning 1997:12f

von auszugehen ist, dass die USA sich auf eine Formel einlassen würden, die Nordkorea die Möglichkeit zur Kontrolle ihrer Streitkräfte gäbe, deutet sich hier zumindest an, dass die amerikanische Truppenstationierung ein verhandelbares Szenario von Seiten des Nordens sein kann.

Eine weitere Idee entwickelten Selig S. Harrison, der neben Jimmy Carter wichtigste Sonderversmittler in der Atomkrise, der stellvertretende Außenminister der DVRK und Verhandlungsführer des Genfer Abkommens 1994, Sok-Ju Kang, und der einflussreiche nordkoreanische Armeevertreter in Panmunjom, Lt. Gen. Chan Bok Lee. Sie stellten 1996 den Vorschlag zur Diskussion, die Rolle der US-Streitkräfte um die Funktion einer Schutzmacht für Nordkorea zu erweitern. Damit würde sowohl dem nordkoreanischen Bedürfnis nach Sicherheitsgarantie Rechnung getragen, als auch der USA eine stärkere Position als *regional balancer* gegenüber China – aber auch Russland und Japan – zugewiesen.<sup>251</sup> Hintergrund dieses Vorschlags ist der Umstand, dass die im Vertrag von Genf vereinbarten militärischen Sicherheitsmaßnahmen bisher von Seiten der USA nicht verwirklicht worden sind. Sicherheitsgarantien von den USA an Nordkorea, als Ausgleich zu deren Verbleib im NPT-Regime und Verzicht auf seine *„nuclear independence“*, sind jedoch von essentieller Wichtigkeit als weitere vertrauensbildende Maßnahmen.

*„Wenn Kim Jong-Il das Recht auf die nukleare Unabhängigkeit aufgibt, ohne von den USA weitreichende Sicherheitsgarantien zu erhalten, kann auf militärischer Ebene eine Krise entstehen. Die militärische Führung Nordkoreas würde kritisieren, dass Öllieferungen allein keine Sicherheitsgarantien für das Land darstellen. Angesichts dessen steht Kim Jong-Il vor einer großen Herausforderung, da er seine Macht gegen die Interessen des Militärs nicht aufrecht erhalten kann.“*  
(Suh, Dae-Sook 1997:112 (eigene Übersetzung))

Allerdings wird eine Ausdehnung der amerikanischen Einflussphäre auf Nordkorea von Seiten der USA kaum erwünscht sein, da eine solche Schutzfunktion teuer und – zumindest in der ersten Zeit – sehr spannungsgeladen sein wür-

---

<sup>251</sup> Vgl. Harrison 1996:17-20

de. Nordkorea andererseits müsste eine Erosion seines politischen Systems befürchten und nähme die Möglichkeit gesellschaftlichen und militärischen Widerstands aufgrund des durch antiamerikanische Propaganda geschürten Hass gegen die ‚Besatzungsarmee‘ in Kauf.

## *8.2 Politischer Wandel in beiden koreanischen Staaten als Chance einer Neuorientierung*

Der zweite Hauptentwicklungsstrang zur Lösung der Koreafrage liegt – wie erwähnt – im kalten Schoß der koreanisch-koreanischen Beziehungen. Im Verhältnis der beiden Staaten zueinander ist mittlerweile eine gewisse Dynamik unverkennbar. Während die Demokratisierung in Südkorea das gesellschaftliche Defizit bei der Formulierung eigener Interessen langsam füllt, verändert sich auch die starre anti-südliche Haltung Nordkoreas. Diese Dynamik fand ihren Ausdruck im ersten koreanisch-koreanischen Gipfeltreffen seit dem Korea-Krieg bzw. der Teilung des Landes.

Schon einmal stand ein Gipfeltreffen der beiden Staatshäupter kurz bevor: Im Juli 1994 bestand die Möglichkeit zu einem Gipfeltreffen zwischen dem nach fast dreißig Jahren Militärdiktatur ersten zivilen und seit 1992 im Amt befindlichen Präsidenten, Kim Young-Sam, und Kim Il-Sung. Doch mit dem Tod des nordkoreanischen Staatshäupters zerschlugen sich die an dieses Treffen geknüpften Erwartungen auf eine Wiederbelebung des bis dahin vollkommen festgefahrenen Dialogs. Die mittlerweile zur Krise avancierte Atomfrage und die daraus resultierenden militärischen Spannungen zwischen den beiden Ländern sollten auf diesem Wege deeskaliert werden.

Tatsächlich änderte sich an der restriktiven Innenpolitik auch unter Kim Young-Sam nichts. Im Gegenteil. Der Tod Kims Il-Sungs war Anlass für die Anordnung einer *allgemeinen Mobilmachung von Militär, Polizei und Beamten* in Südkorea, alle Veranstaltungen zur Anteilnahme am Tod des nordkoreanischen Staatshäupters wurden rigoros unterbunden.<sup>252</sup>

---

<sup>252</sup> Vgl. o.V. 1994b:3

*„Die Verschiebung des vereinbarten Gipfels wegen des Todes Kim Il-Sungs am 8. Juli 1994 auf einen unbestimmten Zeitpunkt war zwar unausweichlich, aber das bilaterale Verhältnis hat sich seitdem auffällig verschlechtert. Eine der Ursachen dafür lag vor allem darin, dass die südkoreanische Regierung ihrem Partner im Norden nicht kondolierte (...). Die ultrakonservativen Kräfte in Südkorea (...) nahmen dies zum Anlaß für ein Kesseltreiben gegen die vorrangig außerparlamentarische Opposition (...).“ (Song, Du-Yul 1995: 31f)*

Kim Young-Sam nannte den Verstorbenen „*Verursacher des Koreakriegs*“ und schürte damit wütende Reaktionen auf Seiten Nordkoreas. Aufgrund seiner Äußerung, dass der Tod des nordkoreanischen Staatschefs gleichbedeutend mit dem Niedergang Nordkoreas sei, brachte er die Halbinsel an den Rande des zweiten Koreakriegs.

Trotz der objektiven Verschlechterung der Lage hatte die Zivilregierung Kim Young-Sams einen bleibenden positiven Effekt: Sie bereitete die Grundlage für die Wahl des zweiten, ebenfalls zivilen Präsidenten Kim Dae-Jung und seiner ‚*Volksregierung*‘.

### 8.2.1 Die Sonnenscheinpolitik Kim Dae-Jungs

Mit dem überraschenden Wahlsiegs Kim Dae-Jungs am 18. Dezember 1997 und der Übergabe der Amtsgeschäfte im Februar 1998 begann eine bis heute anhaltende Phase der Deeskalation und Bemühungen um Entspannung. Die Freilassung von mehreren hundert politischen Gefangenen kann nicht nur als ein Zeichen innenpolitischen Versöhnungswillens gewertet werden, sondern auch als Grundlage für das Gipfeltreffen mit Kim Jong-Il vom 13.-15. Juni 2000 in Pyönjang. Bereits in der Antrittsrede seiner Präsidentschaft hatte er ein solches Treffen ohne Vorbedingungen vorgeschlagen.

Darüber hinaus gab der neue südkoreanische Präsident zu verstehen, dass die Bedingungen für eine nationale Wiedervereinigung verhandelbar seien. Bereits zu früheren Oppositionszeiten hatte Kim Dae-Jung eine veränderte Position gegenüber der Regierung hinsichtlich ihres Wiedervereinigungskonzeptes eingenommen:

*„Zur offiziellen Regierungserklärung Seouls kommen noch verschiedene Vorstellungen hinzu, worunter zum Beispiel auch das Konzept einer republikanischen Staatengemeinschaft von Kim Dae-Jung fällt, die erst nach zwei sukzessiven Phasen friedlicher Koexistenz und allseitigem Austausch zustande kommen soll.“ (Song, Du-Yul 1995: 27)*

Dieses Konzept wurde vom damaligen Außenminister Nordkoreas als *„deckungsgleich mit den nordkoreanischen Vorstellungen“*<sup>253</sup> bezeichnet. Dies eröffnet weitaus größere Möglichkeiten für eine innerkoreanische Einheit, als jemals zuvor bestanden haben.

Die südkoreanische Regierung hat explizit drei *„Hauptprinzipien“* und sechs *„Grundlagen“* ihrer Politiklinien gegenüber Nordkorea benannt. Die drei Prinzipien sind:

- *„First the ROK government will never tolerate armed provocation of any kind that would destroy peace. In other words, the government will maintain a firm security posture to deter war on the peninsula based on the solid and close ROK-US security cooperation, while taking strong countermeasures against any armed provocation.*
- *Second, the government has no intention whatsoever of unifying the peninsula by absorbing the North; the ROK has demonstrated (...) that it does not intend to harm North Korea in the least, under any circumstances. This expresses the government's will to construct a peaceful co-existence between the two Koreas and to concentrate on restoring national identity through exchanges and cooperation.*
- *Third, the government will actively promote reconciliation and cooperation. This means that it will make efforts to convert the 50-year confrontational relationship into a reconciliatory and cooperative one by sincerely implementing the Basic Agreement and conducting exchanges*

---

<sup>253</sup> Vgl. Son, Jang-Lai 1998: 7



*and cooperation.*“ (ROK Ministry of Defense (Hg.) 1999:63f)<sup>254</sup>

Die sechs Grundlagen der Sonnenscheinpolitik werden benannt mit:

- *„pursuit of national security in parallel with North-South cooperation;*
- *realization of peaceful coexistence and exchanges before others;*
- *creating a positive environment for the North to change through reconciliation and cooperation;*
- *advancing North-South mutual benefits;*
- *securing international support under the principle of resolving the problems by the two Koreas; and*
- *pursuit of a policy toward North Korea rooted in a national consensus.*“ (ROK Ministry of Defense (Hg.) 1999:64f)

Kritiker wie Ronald H. Chilcote<sup>255</sup> warnen vor allem vor der mangelnden Auseinandersetzung mit den Grundproblemen aus der Zeit der Militärdiktatur. Verschiedene Punkte sprechen demnach für eine lediglich terminologische, nicht aber strukturelle Reform der Verhältnisse, u.a.:

- Die Einsetzung einer Zivilregierung folgt der von den USA entwickelten Strategie von sog. *low intensity conflicts*<sup>256</sup> für verbündete Staaten in innenpolitisch instabiler Situation. Dadurch kann dem Wunsch von Bevölkerungen in diesen Ländern nach Veränderung und Demokratisierung entsprochen werden, ohne dass bestehende Herr-

---

<sup>254</sup> Weiterhin heisst es in der Erklärung: *„The first field of cooperation will be economic, which both parties want and which could have far-reaching repercussions. North-South reconciliation and cooperation will not only promote mutual interests and benefits but also will help get rid of the North's armed provocations and threats by establishing a mutually beneficial relationship.*“ (ebenda)

<sup>255</sup> Vgl. Cho, Hui-Yoen 1997

<sup>256</sup> Zur Systematik von *low intensity conflicts* vgl: Chun, Won-Ha 1990, insbesondere Teil 6: Low intensity Conflicts in Südkorea (229-239)

schaftsstrukturen durch Aufstände in Gefahr gebracht werden, wie im Falle der Unterstützung des jetzigen Präsidenten durch den ehemaligen Putschisten Kim Jong-Pil deutlich wird.<sup>257</sup> Machtmechanismen können auf diese Weise eher konserviert werden, als durch anhaltende Repression

- Bestehende Repressionsorgane, wie Militär und Geheimdienst, werden demokratisch legitimiert, ohne dass ihre Kontinuität in Personal oder Größe angetastet wird.

Die momentanen Entwicklungen in Südkorea stehen innenpolitisch allerdings auf unsicheren Beinen. Beispielweise hängt der politische Erfolg oder Misserfolg des Präsidenten wesentlich vom Wohlwollen des ehemaligen Premierministers Kim Jong-Pil ab. Nur mit den Stimmen seiner Liberaldemokratischen Union wurde Kim zum Präsidenten gewählt – unter der Bedingung, dass der ehemalige Putschist von 1961 im Jahr 2002 der erste Premierminister einer bis dahin einzurichtenden parlamentarischen Regierungsform wird. Ob dieser dann weiterhin der Versöhnungspolitik Kim Dae-Jungs folgen, oder in alte Konfrontationsmuster zurückfallen wird, ist nicht abzusehen.

Die innenpolitische Lage wird darüber hinaus von einer nicht zu unterschätzenden Front der Ablehnung der Sonnenscheinpolitik beeinflusst. Angeführt von der größten Oppositionspartei, die Große Nationalpartei, versucht die konservative Rechte im Land alle Bemühungen um eine Öffnung der Gesellschaft hin zu einem intensiveren Dialog mit dem verhassten Regime im Norden zu verhindern. Statt Gespräche ohne Bedingungen fordern sie einen Dialog nach dem „give-and-take“-Prinzip. Die größtenteils aus der Anhängerschaft der ehemaligen Militärdiktaturen bestehenden Mitglieder und Wählerschaften der Konservativen Partei könnten das Land bei einem Wahlsieg 2002 nicht nur außenpolitisch um Jahrzehnte zurückwerfen, sondern auch die Fortschritte der innenpoliti-

---

<sup>257</sup> Bei seinem Vorgänger war es der 1980er Putschist Rho Tae-Woo, der den Präsident Kim Young-Sam ins Amt verhalf.

schen Liberalisierung und Demokratisierung zunichte machten.

### 8.2.2 Transformationsprozesse innerhalb Nordkoreas

Wenn von innenpolitischen Veränderungen auf der koreanischen Halbinsel die Rede ist, fehlt in den meisten politischen Analysen der Blick in den Nordteil des Landes. Auch hier vollziehen sich, von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend ignoriert, Veränderungen in den Bereichen *politisches Personal*, *staatliche Verfasstheit* und *Ökonomie*. Viele dieser Veränderungen haben dazu beigetragen, den innerkoreanischen Dialog zu beflügeln, die Vierparteiengespräche voranzubringen und die USA zu einer veränderten Haltung gegenüber Nordkorea zu bewegen.

Ein Ansatzpunkt für die Analyse der Transformation in Nordkorea besteht in der Betrachtung des politischen Personals – und der damit verbundenen Frage, ob sich die Machtbasis im Land von einer militaristischen zu einer technokratischen Ebene verlagert. Dazu ist es zunächst notwendig, Hierarchiemodelle nordkoreanischer politischer Strukturen nachzuzeichnen. Sie bilden die Grundlage für eine Betrachtung des ‚*Kangsong Taeguk*‘ als staatliche Idealvorstellung, vor dessen Hintergrund die militärischen und technokratischen Machthaber agieren.

*„To construct Kangsong Taeguk according to the principles of Juche is the most sacred and patriotic task of our country and our people. Our strong Korean nation once again weighed anchor for heroic undertaking for the Korean people, who have bravely tied over indescribable trials in their history, to set into the new and successive marching road to make their country militarily strong and economically prosperous, without a moment to spare.“ (Rodong Shinmun 22. August 1998:2, zitiert nach Jeung, Young-Tai 1998:335)*

*Kangsong Taeguk* wiederum entfaltet einen erheblichen Einfluss auf die Transformation der nordkoreanischen Gesellschaft. Letztendlich sind nur vor diesem Hintergrund auch die wirtschaftlichen Reformen zu verstehen, welche vielleicht die

international am stärksten wahrgenommenen Transformations-elemente beschreiben.

### ***Von Militaristen zu Technokraten – Die neue politische Elite Nordkoreas***

Die politischen Systemkomponenten Nordkoreas – Partei, Armee, Verwaltung – basieren alle auf dem selben Organisationschema. Dieses besitzt zwei Machtebenen: einer oberen Führungs- und einer darunter liegenden Leitungsebene. Zur oberen Führungsebene gehören Politbüro-Mitglieder, einige 4-Sterne-Generäle sowie Minister und deren Stellvertreter. Mittlerweile besteht diese obere Führungsebene fast ausschließlich aus Angehörigen der sog. *zweiten revolutionären Generation*.

Zur Leitungsebene – der eigentlichen Machtbasis des Landes – gehören die Chefs der verschiedenen Abteilungen der Partei und Verwaltung sowie die übrigen Generäle. Auch sie sind mittlerweile fast ausschließlich mit Angehörigen aus der Generation Kim Jong-Ils besetzt.

Der erste Blick suggeriert, dass es eine grundlegende Machtverlagerung hin zu einer neuen, jungen Elite gegeben hat, doch tatsächlich ist die Situation weniger eindeutig. Obwohl die meisten der nachgerückten Personen der Leitungs- und Führungsebene ideologisch geschulte Technokraten sind und keine unmittelbaren Erfahrungen aus dem Koreakrieg mitbringen, spielt die Verteilung der Macht zwischen den einzelnen Staatsorganen eine ebenso wichtige Rolle, wie landesweite Entwicklungen, die z.B. auch durch die neue Verfassung Nordkoreas vorangebracht werden sollen. All diese unterschiedlichen Ebenen der Transformation und dem Erhalt von Macht kumulieren in einem Schlagwort: *Kangsong Taeguk*.

### ***„Kangsong Taeguk“ als Motto der Ära von Kim Jong-II***

Nordkorea besitzt vier Säulen, auf die sich das System stützt: Die Juche-Idee Kim Il-Sungs als herrschende Philosophie, die Arbeiterpartei als Kontrollinstrument, das Militär als außen-, aber auch innenpolitisches Sicherheitsorgan und Subsistenz als wirtschaftliches Prinzip. Seit Beginn der 1990er Jahre ver-

schlechterte sich die wirtschaftliche Situation, besonders jedoch nach dem Wegfall der Direkthilfen des zusammengebrochenen Ostblocks. Zur Erhaltung der Stabilität verstärkte sich so die innenpolitische Abhängigkeit Pyöngjangs von der ideologisch-politischen und militärischen Komponente. Der Fokus verschob sich weg von der wirtschaftlichen Disziplin, um das Überleben zu garantieren

Kim Jong-Il hatte im August 1998 seinen neuen Slogan *Kangsong Taeguk* – d.h. ‚starker und aufstrebender Staat‘ vorgestellt. Dieses Motto ummantelt die Jahre des sog. ‚Marsch der Entbehrungen‘, ein Slogan, der im Juli 1994 unmittelbar nach dem Tode Kim Il-Sungs aufkam. *Kangsong Taeguk* ist eine Neubearbeitung der ‚Juche‘-Führungsgrundsätze von Kim Il-Sung, also eine Neuinterpretation der politischen Unabhängigkeit, wirtschaftlichen Selbstversorgung, und eigenen Verteidigungsfähigkeit. Innerhalb dieser Bereiche lag dabei die Priorität auf der Entwicklung des Landes zu einer ideologischen und politischen Macht. *Kangsong Taeguk* – mit dem Fokus auf ideologischer und politischer Erneuerung – kann also als Fortsetzung einer langfristigen Überlebensstrategie bezeichnet werden.

*„The slogan is designed to soothe the starving people after enduring several years of „arduous march“ without much fruitful outcome. The powerful and prosperous state is, namely, a state that is powerful and prosperous in the four areas –the politics, ideology, military, and economy. North Korea media maintain that the goal has already achieved in the first three areas, only leaving unfulfilled the goal of becoming an ‚economically‘ powerful and prosperous state. This means that North Korea is very much ready for concentrating on economic recovery and prosperity.“ (Paik 1999:2)*

Bis die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit die letzte Stufe von *Kangsong Taeguk* in greifbare Nähe rückt, setzt Kim Jong-Il auf die Stärkung der militärischen Macht und der ideologischen Führung

Während der ersten Sitzung der 10ten Obersten Volksversammlung am 5. September 1998 formalisierte Nordkorea die Regierungsformel Kim Jong-Ils durch seine Ernennung

zum Vorsitzenden des ständigen Verteidigungskomitees. Das neue Motto zeigt den zukünftigen Weg des Landes an, unter der offiziellen Führung des Obersten Kommandierenden Kim Jong-Il. Die Parteizeitung Rodong Shinmun titelte zur Neuwahl der Volksversammlung

*"Heute demonstriert unsere Republik ihr Prestige als starker Staat, sowohl politisch als auch militärisch". (Rodong Shinmun 5. September 1998:1(eigene Übersetzung))*

Kim bemüht sich durch häufige Besuche bei Militäreinheiten darum, dass sein Bild in der Öffentlichkeit in erster Linie als militärischer Machthaber wahrgenommen wird. Laut seinen eigenen Aussagen müssen

*"(...) militärische Schlagkraft und Ideologie im Gleichgewicht sein, um den kommunistischen Staat Nordkorea zu erhalten." (Rodong Shinmun 16. April 1999:1(eigene Übersetzung))*

Von den drei wichtigsten Organen des Staates – die Volksarmee, die Arbeiterpartei und die Oberste Volksversammlung – scheint die militärische Beziehung Kims Macht das Fundament zu verleihen. Überdies gibt es eine hohe personelle Überschneidung zwischen den drei Staatsorganen, wobei ältere Mitglieder der Arbeiterpartei ebenso wichtige Positionen innerhalb der Armee und der Volksversammlung innehaben.

Doch auch wenn Kim Jong-Ils Macht auf traditionellen Fundamenten beruht, ergeben sich durch den Personalwechsel innerhalb der Führungs- und Leitungsebene zwangsläufig Veränderungen für den politischen Alltag. Der Umstand, dass innerhalb kurzer Zeit große Teile des politischen Personals ausgetauscht wurden, zeigt zweifellos den politischen Willen von Seiten Kim Jong-Ils zu innenpolitischen Veränderungen.

### ***Die neuen Mitglieder der Volksversammlung***

Im Juni 1998 vollzog sich mit der Neuwahl der Mitglieder zur 10. Obersten Volksversammlung nicht nur ein turnusgemäßer Wechsel von Teilen der politischen Repräsentanz. Mit der Neuwahl veränderte sich erstmals die eher militärisch ausgerichtete Machtbasis des Gremiums hin zu einer neuen technokratischen Elite. Die Parlamentswahlen bewirkten das Aufrück-

ken einer großen Zahl junger Funktionäre innerhalb der politischen Hierarchie des Landes.

"Insgesamt gibt es 687 Parlamentarier in Nordkorea. 64 % (443) der Abgeordneten wurden neu gewählt, davon sind 218 Angehörige einer neuen jungen Generation." (Yeonhap 1998: 4 (eigene Übersetzung))

Die jetzt in die Schaltzentralen der Macht aufrückende Generation – allesamt sog. *„autochthone Spezialisten“* – wurde unter den Bedingungen eines sozialistischen Nordkoreas ausgebildet. Dieser Typus,

" (...) der mehrheitlich zur Altersgruppe zwischen 55 und 65 gehört, hat [...] relativ wenig Kontakte mit dem Westen. Trotzdem ist dieser Typ ideologiebewußter (...)" (Song, Du-Yul 1995:102),

da sich seine Ausbildung nicht in den Partisanengruppen, sondern in ideologischen Kadernschulen vollzog, wie z.B. der *„Schule der Weisen Revolutionäre“* in Man Kwong-Dae – dem Geburtsort Kim Il-Sungs. Die Kinder der Revolutionäre stellen nun u.a. den Verteidigungsminister, den Vizemarschall, den Chef des Geheimdienstes und viele Minister aus dem Wirtschaftsbereich.

Vom personellen Umbau der Volksvertretung verspricht sich Kim Jong-Il einen deutlichen Reformimpuls, wie seinerzeit in China der Personalwechsel unter Deng Xiao-Ping das Land aus der Krise führte. Dieser Machtwechsel folgt auch der Idee Kims, dass

" (...) die Revolution vom Prinzip der Juche-isierung, Modernisierung und Verwissenschaftlichung geleitet und den konkreten Bedingungen des Landes angepaßt werden muss." (Kim Jong-Il 1992: 4)

Doch was sind die konkreten Bedingungen?

### ***Transformation der innenpolitischen Bedingungen: die neue Verfassung Nordkoreas***

Nordkorea erlebte bis zum Ende der 1990er Jahren eine der schwersten Krisen seit Bestehen des Landes in Form der Hungersnot, die von 1995 bis heute andauert und zu Beginn des Jahres 1997 ihre schlimmsten Ausmaße annahm:

*„Im Frühjahr waren plötzlich die Bilder aus Nordkorea gekommen von abgemagerten Kindern, wie man sie aus Äthiopien kannte, aber in Ostasien seit dreißig Jahren nicht mehr gesehen hatte. Bilder aus Klassenräumen, in denen die Hälfte der Plätze leer blieb, weil die Kinder zu schwach für den Schulweg waren.“ (Naß 1997:3)*

Die Hungersnot des Landes war äußeres Zeichen der sich verschärfenden politischen Situation. Sicherlich haben auch die schweren Naturereignisse wie Taifune, Dürren und Überschwemmungen mit zur Nahrungsmittelknappheit beigetragen, doch weit entscheidender sind strukturelle Ursachen.

Seit 1990 verzeichnet Nordkorea ein negatives Wirtschaftswachstum. Die Nettoeinnahmen der nordkoreanischen Wirtschaft fielen von 23,1 Mrd. (1990) auf 12,6 Mrd. US\$ im Jahr 1998 – und damit auf einen Stand von vor 1980.<sup>258</sup> Eine Ursache liegt im Niedergang des Ostblocks und insbesondere der russischen Wirtschaft. Russland beendete 1992 seine militärische Kooperation und Waffenexporte nach Nordkorea, und wendete sich von der alten Sowjetpolitik ab, die auf Tausch und Selbstversorgung basierte, ohne auf harte Währung für Öl- und Nahrungsmittellieferungen zu bestehen.<sup>259</sup> Selbst die 1996 getroffene Vereinbarung, *„(...) to raise bilateral trade and economic cooperation to the pre-1991 level (...)“*, änderte faktisch wenig an der Versorgungslage Nordkoreas.

*„Economic ties will not increase this dramatically unless Russia provides massive economic aid to North Korea. Considering Russia's sagging economic conditions and North Korea's inability to repay its debts owed to Russia in the amount of 3.6 billion hard currency rubles [ca. 5,76 Milliarden US\$] (...), however, trade between Russia and North Korea is not likely to increase in a rapid pace for some time to come.“ (Joo Seung-Ho 1998:87)*

Diese Zusammenhänge werden auch durch einen Blick auf das zwischen Nordkorea und Russland bestehende Handelsvolumen untermauert: Während selbiges 1990 auf einem Niveau von ca. 2,6 Mrd. US\$ rangierte, stagniert es seit 1996 auf ei-

---

<sup>258</sup> Zahlen aus: ROK Ministry of Reunification 2000:316

<sup>259</sup> Vg. Kapitel V.4.4



nem Level von ca. 60 Millionen US\$.<sup>260</sup> Mit anderen Worten: innerhalb von vier Jahren entfielen mehr als 97,5% des Handelsvolumens zwischen den beiden Staaten. Da eine Kompensation der ausbleibenden Versorgung mit Nahrungsmitteln und Öl durch den zweiten wichtigen Handelspartner, China, nicht erfolgte, erhielten die seit 1950 bestehenden US-Wirtschaftssanktionen verständlicherweise eine weit größere Bedeutung.<sup>261</sup> Wie so oft wurde auch im Falle Nordkoreas die ideologische Auseinandersetzung auf dem Rücken der notleidenden Bevölkerung ausgetragen. Vor dem Hintergrund fehlender Handelsmöglichkeiten leitete diese Notlage erste Schritte jenseits einer zentralistischen Planwirtschaft ein.

Nachdem der dritte Siebenjahresplan, der ursprünglich bis 1993 angelegt war, schon um drei Jahre verlängert werden musste, entschied sich die Führung in Pyöngjang dafür, keine weiteren Planerfüllungsvorgaben mehr aufzustellen. Stattdessen zeigen sich mittlerweile kleine Anzeichen einer vorsichtigen wirtschaftlichen Liberalisierung des Landes.

*„Immerhin, die Not gebar eine kleine Revolution. Auch in Haeju gibt es jetzt einen privaten, vom Staat geduldeten Bauernmarkt. (...) In Pjöngjang soll es inzwischen sieben solcher Märkte geben.“ (Naß 1997:3)*

Eine solche Liberalisierung beruhte zu einem nicht unwesentlichen Teil auf der Wahl Kim Jong-Ils zum Vorsitzenden der Verteidigungskommission am 5. September 1998<sup>262</sup>. Damit war der neue Machthaber Nordkoreas in der Lage, drei wichtige Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformorientierung vorangebracht werden kann:

---

<sup>260</sup> Zahlen aus: ROK Ministry of Reunification (Hg.) 2000:380

<sup>261</sup> Vgl. Kapitel Zu dem juristischen und verfahrenstechnischen Auswirkungen der Wirtschaftsblockade gegen Nordkorea siehe Davis 1994

<sup>262</sup> Bis heute bezeichnet sich Kim Jong-Il nicht als Staatschef, dieser Titel gebührt, seiner Meinung nach, auch nach seinem Tod nur seinem Vater. Tatsächlich kumuliert die faktische Macht Kims in dessen Amt als Vorsitzender der Verteidigungskommission.

1. ersetzte er den ineffizienten Staatsverwaltungsrat zum Teil durch neu geschaffene Ministerien,
2. ersetze er weite Teile des politisch-administrativen Personals, und
3. ließ er eine Vielzahl von Verfassungsveränderungen verabschieden.

Kernstück der Reform war der Umbau des früheren Staatsverwaltungsrates, dessen 32 Abteilungen bisher die politischen Richtlinien erarbeiteten und ihre Umsetzung kontrollierten. Diese Abteilungen wurden durch eine Ministerialstruktur mit 31 Ministerien – davon 23 mit wirtschaftspolitischer Relevanz – ersetzt.<sup>263</sup> Die neue Verfassung Nordkoreas untermauert die Ernsthaftigkeit, mit der der Reformkurs vorangetrieben werden soll. Eine Vielzahl der wirtschaftlichen Verfassungsgrundsätze wurde neu formuliert.<sup>264</sup>

Von besonderer Bedeutung ist die konstitutionelle Verankerung der Freihandelsgesetze. Zu ihnen gehört z.B.

- das Gesetz über Auslandsinvestition (Foreign Investment Law ),
- das Gesetz über die Wirtschafts- und Freihandelszone (Free Economic and Trade Zone Law),
- die Joint Venture Gesetzgebung (Equity Joint Venture Law und Contractual Joint Venture Law ) und
- das Gesetz für Auslandsunternehmen (Foreign Enterprises Law ).

Die staatliche Außenhandelsagentur wurde abgeschafft, alle juristischen Subjekte und Personen können nun (laut Art. 36 und 37) unabhängig von staatlicher Weisung Außenhandel betreiben. Produktionsmittel sind fortan nicht mehr zwangsläufig Eigentum des Staates oder der Kooperativen, sondern können (nach Art. 20) auch Eigentum von Gesellschaften sein. Die Unternehmenskalkulation verbleibt nun beim Betrieb, ebenso wie mögliche Gewinne oder Verluste (Art. 33). Die Möglich-

---

<sup>263</sup> Vgl. Chang, Myung-Bong 1998:14ff

<sup>264</sup> Vgl. Lee, Jong-Soek, 1999:165-167

keiten zur Bildung von Privateigentum wurden (in Art. 24) ausgedehnt.

Das Patentrecht verlagert sich vom Staat zu juristischen oder natürlichen Personen, dadurch soll die Forschung, Entwicklung und Vermarktung eigener Produkte gefördert werden. Auch grundlegende Freiheitsrechte wie die freie Wohnungswahl und Reisefreiheit wurden (in Art. 75) verfassungsmäßig verankert.

### ***Transformationsziel: Überwindung der ökonomischen Mängel***

Kim Jong-Il unternahm die Neubesetzung der Volksversammlung mit dem Schwerpunkt seiner Ministerien auf wirtschaftliche Aspekte vor dem Hintergrund, dass mit den alten militaristisch geprägten Beamten kaum eine Belebung der heruntergekommenen Wirtschaft möglich schien. Als Herausforderung für die neuen technokratischen Teil der Elite Nordkoreas und als letzte Stufe von *Kangsong Taeguk* gilt es, die bereits vorhandenen Anfänge einer vorsichtigen wirtschaftlichen Liberalisierung innerhalb der ideologischen Möglichkeiten auszuweiten.

Als Wendepunkt der nordkoreanischen Wirtschaftspolitik gilt allgemein die Sitzung des ZK der Arbeiterpartei im Dezember 1993. Dort verabschiedeten die Mitglieder die sog. ‚*revolutionäre Wirtschaftsstrategie*‘, die im Kern aus einer Abkehr von der bis dahin jahrzehntelang betriebenen Konzentration auf die Schwerindustrie bestand. Von nun an sollten Landwirtschaft, Leichtindustrie und Handel als zentrale wirtschaftliche Komponenten im Vordergrund stehen. Mit der neuen Strategie unterbrach und beendete Nordkorea den erfolglosen dritten Siebenjahresplan.

Seit 1990 schmolzen die Exporte Nordkoreas – aus den bereits erwähnten Gründen – um über 60 Prozent, die Importe im selben Zeitraum um 55 Prozent.<sup>265</sup> Doch die Bemühungen, die wirtschaftliche Situation in den Griff zu bekommen, scheiterten bisher auch an der Uneinigkeit innerhalb der poli-

---

<sup>265</sup> Zahlen aus: ROK Ministry of Reunification 2000:379

tisch-administrativen Elite des Landes hinsichtlich des neuen Wirtschaftskurses. Konservative Parteiideologen warnten vor der Abhängigkeit von ausländischem Kapital sowie der Abkehr von der Schwerindustrieförderung, an der die gesamte militärische Produktion des Landes hängt. Die Parteizeitung Rodong Shinmun spiegelt die Bedenken hinsichtlich einer liberalisierten Wirtschaftspolitik z.B. im Vorwort zur Ausgabe vom 17. September 1998 wieder. Dort heißt es:

*"Laßt uns an der Politik, eine unabhängige nationale Wirtschaft aufzubauen, festhalten." (Eigene Übersetzung)*

Das bedeutet, dass Nordkorea wohl auch weiterhin stärker auf Kontrolle und Einflussnahme, als auf globale marktwirtschaftliche Mechanismen setzen wird. Das monatlich erscheinende Parteimagazin Kunrosa, welche das ausländische Kapital mit „Opium“ verglich und verächtlich über den aktuellen Globalisierungstrend sprach, betonte in seiner Ausgabe vom September 1998:

*"Ein Land vernachlässigt sich selbst, wenn es versucht, die eigene Wirtschaft mit zufällig bereitstehenden ausländischem Kapital anzukurbeln, anstatt auf das eigene Potential zu bauen." (Eigene Übersetzung)*

Auch die asiatische Wirtschaftskrise gab den Anti-Reform-Hardlinern neue Nahrung, die das Prinzip der Selbstversorgung durch eine wirtschaftliche Öffnung des Landes gefährdet sahen. Letztendlich konnten sich die kritischen Stimmen jedoch nicht gegen den neu gewonnenen Einfluss der Reformer durchsetzen.

Diese etablierten in den letzten Jahren einige besondere Elemente in das nordkoreanische Wirtschaftssystem. Gemeint sind vor allem die wirtschaftlichen Sonderzonen: die Freihandelszone Rajin-Sonbong, einige zollfreie Zonen – z.B. Nam-po und Won-san – und wirtschaftliche Sonderzonen – z.B. im Diamantgebirge – verlassen den bislang beschrittenen rein staatlich kontrollierten und durch die sozialistische Ideologie geprägten Kurs der nordkoreanischen Wirtschaftspolitik.

*„In order to resolve the economic difficulties, North Korea has been pursuing a limited open door policy and*

*established a free trade zone in the Rajin-Sonbong area to attract foreign investment, but so far results have not been significant. Pyongyang also put special emphasis on agriculture, light-industry and trade as the first priority, but its socialist economic system hinders any significant economic improvement." (ROK Ministry of Defence (Hg.) 1997: 52)*

Nach Angaben des nordkoreanischen Außenhandelsministers wurden bis Februar 1997 bereits 65 Investitionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 900 Millionen US\$ getätigt, wobei die Gesamtsumme der bereits vereinbarten ausländischen Investitionen bei bereits 2 Milliarden US\$ liegt.<sup>266</sup>

Im Oktober 1998 hat in der Rajin-Sonbong-Freihandelszone zudem das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – das UNDP – eine Wirtschaftsschule eröffnet. Ziel dieser Schule ist es, eine zukünftige Generation von Wirtschaftsexperten in marktwirtschaftlichen Systemzusammenhängen, Buchhaltung sowie Ex- und Importbedingungen auszubilden. Damit unterstützt Nordkorea, neben dem weiterhin dominanten Subsistenzgedanken der Juche-Idee, den langfristigen Einstieg in eine marktwirtschaftlich orientierte Teillökonomie.

Dem massiven Zufluss ausländischen Kapitals voraus eilen z.B. südkoreanische Touristen, die erstmals seit 50 Jahren im Diamantgebirge Urlaub machen. Der südkoreanische Konzern Hyundai zahlt dem nordkoreanischen Staat für die Durchschleusung der Touristen bis zum Jahr 2005 ca. 1 Milliarde US\$. Damit tritt der Autokonzern mit der koreanischen Moon-Sekte in Konkurrenz, die im Diamantgebirge bereits ein großes Hotel, Thermalbäder und eine Autobahn gebaut hat.

In der zollfreien Zone Nam-po wiederum will Samsung einen ähnlichen Betrag investieren, wie Hyundai im Diamantgebirge. Nach ihren Vorstellungen sollen von dort in Zukunft Kühlschränke, Fernseher und andere elektrische Haushaltsgeräte für den Weltmarkt produziert werden. Damit folgen sie

---

<sup>266</sup> Vgl. Forschungsinstitut für nationale Wiedervereinigung (Hg.) 1997: 45

einem anderen südkoreanischen Großkonzern, Daewoo, der dort bereits eine Textilfabrik betreibt.

*„ (...) Mehr als 180.000 Südkoreaner haben bereits als Touristen das Kumgang-Gebirge in Nordkorea besucht. (...) Mehr als hundert südkoreanische klein- und mittelständische Firmen sind in Nordkorea aktiv. Investitionen von Großunternehmen haben entweder schon begonnen oder sind im Gespräch. Diese Großunternehmen werden wahrscheinlich in diesem Jahr an der westlichen Küste Nordkoreas Industrieparks mit Baufirmen, Fabriken für Elektroprodukte, Fabriken zur Montage von Autos etc. errichten.“ (Kim Dae- Jung 2000:11)*

### ***Gesellschaftliche Auswirkungen der Transformation***

Die wirtschaftliche Krise und die Uneinigkeit der verschiedenen Eliten hinsichtlich des eingeschlagenen ökonomischen Kurses des Landes zeigt indes keine Auswirkungen auf die politischen Machtverhältnisse. Nach wie vor wird das nordkoreanische Modell des Sozialismus mitsamt seiner politischen Führerschaft und Organisationsform von der Bevölkerung getragen. Obwohl der Personenkult um Kim Il-Sung unter Kim Jong-Il keine adäquate Fortsetzung erfährt, bleibt der absolute Führungsanspruch Kim Jong-Is unberührt. Ungebrochen ist auch das enge Verhältnis zwischen politischer und militärischer Führung im Land.

*„(...) (A)fter the death of Kim Il-Sung high-level officials have been conducting normal activities, and no evidence of power struggle has been detected. However, the status of the military seems to have been strengthened.“ (Forschungsinstitut für nationale Wiedervereinigung (Hg.) 1997: 45)*

Obwohl die Militärausgaben – wie gezeigt – das Land enorm belasten, bleibt die strukturelle Militarisierung der nordkoreanischen Gesellschaft, die bis hin zu den staatlichen Kindergärten alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt, bestehen. Denn sie wird von Seiten der nordkoreanischen Führung als wichtigste ideologische Klammer zur Aufrechterhaltung der eigenen Widerstandsfähigkeit gegen äußere Bedrohungen angesehen.

*„Die kurz- oder mittelfristige Prognose über die Instabilität der nordkoreanischen Führung von Kim Jong-*

*Il scheint daher ein Wunschvorstellung vieler Beobachter zu sein." (Song, Du-Yul 1995:99)*

Viel wahrscheinlicher ist eine schrittweise Transformation des nordkoreanischen Systems unter Orientierung am chinesischen Entwicklungsmodell. China ist der einzig verbliebene Partner des Landes, dessen politische und wirtschaftliche Entwicklung als ideologiekonform gilt.

Die alten ideologischen Krusten erfahren indes nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im sozialen Bereich eine Auflösung. Bei der Betrachtung des Begriffs des Individuums beispielsweise fällt auf, dass die neue Verfassung diesen nicht mehr nach sozialistischer Doktrin – in der das Individuum gleichbedeutend mit dem Arbeiter, der kleinsten Teileinheit der herrschenden Klasse ist – betrachtet, sondern ihn nun in seiner Rolle als Staatsbürger interpretiert. D.h. nicht nur Arbeiter, sondern auch Unternehmer, Beamte oder Angestellte sind Individuen. Für alle Individuen gelten erweiterte Freiheitsrechte, wie Wohnungswahl und Reisemöglichkeiten:

*„Diese Anerkennung spiegelt sich in der Veränderung der nordkoreanischen Gesellschaft wider (...) Eine solche Veränderung wird durch die Erweiterung des Austausches und der Kontakte der nordkoreanischen Bewohner zu Stande kommen, die der Grundstein des politisch-ökonomischen Reformkurses sein wird.“ (Chang, Myung-Bong 1998:30 (eigene Übersetzung))*

Die Bildung von individuellem Eigentum ist ebenso neu und wesentlich, ermöglicht sie dem Einzelnen nicht nur Empfänger festgelegter Einheitsleistungen (wie etwa der Wohnung, Nahrung und Kleidung) zu bleiben, sondern durch Eigeninitiative Gewinn zu erwirtschaften, Vermögen zu bilden und Besitz zu akkumulieren. In der Konsequenz bedeutet diese ein Abrücken vom Ideal der klassenlosen Gesellschaft und der weiteren Ausbildung verschiedener neuer Eliten (z.B. Wirtschaftseliten, Informationseliten u.a.)

### *8.3 Das Gipfeltreffen zwischen den beiden koreanischen Staatsführern*

Das Gipfeltreffen der beiden Staatschefs war zweifelsfrei eine direkte Folge der Transformationssituationen der beiden koreanischen Gesellschaften. Für Kim Jong-Il war es vor allen Dingen wichtig, das eigenständige Agieren des südlichen Bruderstaates zu unterstützen.

*„In ihrer Erklärung wiesen beide Koreas auf die Notwendigkeit des eigenständigen Wegs zur Wiedererlangung der nationalen Einheit hin. ‚Das koreanische Volk ist eins: wir haben ein gemeinsames Schicksal‘, sagte Südkoreas Präsident. ‚Das Schicksal unseres Volkes muss durch uns geschmiedet werden‘.“ (dpa-Meldung, 15. Juni 2000)*

Für Kim Dae-Jung hingegen standen die Verbesserungen für die direkten Kontakte zwischen den koreanischen Menschen und Familien im Vordergrund – quasi die „menschliche“ Dimension des innerkoreanischen Dialogs. Die Zusammenführung getrennter Familien war nur einer der fünf Punkte umfassenden gemeinsamen Vereinbarung, die auch von Seiten Nordkoreas als unbedingte Voraussetzung für eine zukünftige staatliche Einheit betrachtet wird.

*„Der Besucheraustausch von Familien aus beiden Teilen der Halbinsel soll laut Erklärung im August stattfinden. Dabei wurde allerdings keine Zahl genannt. Durch die Teilung der Halbinsel 1945 und den Koreakrieg wurden Millionen von Familien getrennt. Bis heute ist kein Kontakt zwischen ihnen über die Grenze möglich. Die Frage der Familienzusammenführung hatte Südkoreas Präsident zu einer der obersten Prioritäten während seines Besuchs in Pjöngjang gemacht.“ (dpa-Meldung, 15. Juni 2000)*

Als Indiz dafür, dass die seit der Teilung erhobene Forderung des Nordens nach einer eigenständigen Formulierung politischer Positionen mittlerweile auf fruchtbaren Boden gefallen sein könnte, kann eine von Eberstadt (1999:3) dokumentierte angebliche Äußerung Kim Dae-Jungs bezüglich der nordkoreanischen Raketentests gelten,:

*„President Kim Dae-Jungs reportet comment that another missile launch would not mean ‚the end of the earth‘ betrays a stunning indifference to the security of his*



*Japanese and American partners. (...) (T)he differences in ROK-US alliance seem to have widened a bit (...)"*

Hinsichtlich der zukünftigen Kooperation der beiden Teile der Halbinsel orientieren sich die Vereinbarungen des Gipfeltreffens am ‚Katalysator‘ der Ökonomie. Dazu gehören die bereits angesprochenen Investitionen Südkoreas in die Sonderwirtschaftszonen sowie die Entwicklung des Tourismus im Diamantgebirge. In Nam-po wollen Hyundai, Samsung und LG eine 66 Millionen Quadratmeter große Produktionsstätte aufbauen. Geplant ist die Ansiedlung von ca. 850 kleinen und mittelständischen Firmen. Für Südkorea bringt dies erwartete 20 Milliarden US\$ zusätzliches Exportvolumen pro Jahr.<sup>267</sup>

Während der innerkoreanische Handel von 13 Millionen (1990) auf 333 Millionen US\$ im Jahr 1999<sup>268</sup> angewachsen ist, überschlagen sich die südkoreanischen Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Handelsbeziehungen. Auch vor dem Hintergrund der noch nicht ganz überwundenen Folgen der Asienkrise wäre der Ausbau des innerkoreanischen Handels für Südkorea interessant.

Weitere Vereinbarungen betrafen verschiedene CBMs, die bereits 1991 im Grundlagenabkommen festgeschrieben sind und u.a. die Bildung einer gemeinsamen Militärkommission vorsehen.

Trotz veränderter politischer Leitlinien der USA gegenüber Nordkorea tritt die Diskrepanz zwischen propagierter ‚Koreanisierung der Koreafrage‘ und hegemonialem Anspruch auch im Dunstkreis des Gipfeltreffens erneut zu Tage.

*„Bevor Kim Dae-Jung aus seinem Amt scheidet, hofft er, den technischen Kriegszustand auf der koreanischen Halbinsel zu beenden. Das ist wesentlich für den Vollzug von Versöhnung und Wiedervereinigung des koreanischen Volkes. Die US-amerikanischen Politiker sollten sich nicht in den Willen Kim Dae-Jungs einmischen, sondern diesen unterstützen“,*

---

<sup>267</sup> Vgl. Kweon, Tae-Ho 2000:23

<sup>268</sup> Zahlen aus: The Han Kyoreh, 13.04.2000

rät Cumings (2000:4) am Vorabend des historischen Gipfels, doch die Kommentare aus dem US-Außenministeriums beschränken sich auf die Raketenproblematik:

*„Sicherlich ist ein Abbau der Spannungen erforderlich, doch was die mögliche Raketenbedrohung (Nordkoreas) angeht, habe ich nichts gesehen, was diese aufheben kann.“ (dpa-Meldung, 15. Juni 2000)*

Das Gipfeltreffen kann sich positiv auf die nach wie vor entwicklungsbedürftige Diskussionskultur in beiden koreanischen Gesellschaften auswirken. Statt von ideologischen Doktrinen könnte der Besuch Kim Dae-Jungs in Nordkorea – und der in Aussicht stehende Gegenbesuch – mit dazu beitragen, die Denkweise von Respekt vor den Leistungen der jeweils anderen Gesellschaft bzw. den praktischen Möglichkeiten zur Überwindung der Teilung leiten lassen. Ryu Kwon-Ha (2000:2) beschreibt den möglichen Nullpunkt eines ideologiefreien Dialogs mit den Worten:

*„Anlässlich des Gipfels (...) ist ganz Südkorea in Verwirrung geraten (...) Weil das ultranegative Image Nordkoreas und Kim Jong-Ils in den Köpfen der Südkoreaner plötzlich zusammenfiel, leiden sie jetzt an Orientierungslosigkeit (...).“*